

Herr Liermann informierte darüber, dass die Anfrage der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 08.02.2022 zum „Aktuellen Stand Kreisfrauenhaus“ beantwortet worden sei und der Niederschrift beigefügt werde (Anlage 2). Darüber hinaus lägen am Eingang die neuen Flyer des kreiseigenen Frauenhauses aus; Interessierte könnten sich gerne bedienen.

Als Nächstes nahm KTM Peters Bezug auf die aktuelle Flüchtlingssituation im Rhein-Sieg-Kreis und erkundigte sich danach, ob hinsichtlich der fehlenden PIK-Geräte, die zur Registrierung der Flüchtlinge verwendet werden, eine Unterstützung vom Land in Sicht sei. Die Abkürzung „PIK“ stehe für „Personalisierungsinfrastrukturkomponente“. Herr Liermann erklärte zunächst, die Registrierung der Flüchtlinge erfolge zwar in einem sog. vereinfachten Verfahren über die Ausländerbehörden, jedoch seien die Registrierungen mit einem erheblichen Aufwand verbunden. So nehme die Erfassung einer einzelnen Person aktuell rund 30 Minuten in Anspruch. Problematisch sei, dass dem Rhein-Sieg-Kreis, genauso wie beispielsweise der Stadt Köln, hierfür lediglich ein einziges PIK-Gerät zur Verfügung stehe. Eine Nutzung des Geräts der Kreispolizeibehörde sei dadurch ausgeschlossen, dass die eingelesenen Daten auf unterschiedlichen Servern gespeichert werden. Frau Dr. Neugebauer werde sich als zuständige Amtsleiterin der Ausländerbehörde wegen eines zusätzlichen PIK-Geräts für den Rhein-Sieg-Kreis mit der Bundespolizei in Verbindung setzen; eine andere kurzfristige Lösung gebe es derzeit nicht. Herr Liermann merkte in diesem Zusammenhang jedoch an, dass sich die Informationslage ständig ändere.

Hieran knüpfte KTM Haacke an und äußerte die Bitte, im hiesigen Ausschuss regelmäßig über den aktuellen Sachstand informiert zu werden. Allerdings erinnere er an die Anfangszeit der Pandemie. Seinerzeit seien mit viel Sachverstand und einem erheblichen zeitlichen wie auch personellem Aufwand Verwaltungsvorlagen erstellt worden, die bis zur nächsten Sitzung längst überholt gewesen seien. Daher schlug er vor, dass die Verwaltung in den jeweiligen Sitzungen tagesaktuell und ohne schriftliche Vorlage über die neusten Entwicklungen berichten solle und dies dann im Protokoll festgehalten werde.

Hierüber bestand auf Nachfrage der Vorsitzenden Einigkeit.